



Niedersächsischer Landtag

Heiner Schönecke

Mitglied der CDU-Landtagsfraktion

Vorsitzender Haushaltsrechnungsausschuss

SO MACHEN WIR DAS.
FÜR NIEDERSACHSEN.



CDU

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Personalsituation der Polizei im Landkreis unerträglich

Mich erreichte im April der Hilfeschrei der Polizei im Landkreis Harburg. Die drei Polizeigewerkschaften, DPoIG, GdP und BdK, forderten darin sofortiges Handeln von Innenminister Pistorius.

Seit Jahren wird seitens der Polizei beklagt, dass sich die personelle Situation im Landkreis Harburg bis heute kaum geändert hat. Jetzt gibt es erschreckende Zahlen aus dem originären Zuständigkeitsbereich des Ministers. In Summe sind diese für die Bevölkerung und Polizei im Landkreis unerträglich.

In der Verantwortung des Ministers liegt eine dramatische Verschlechterung der Arbeitssituation der Polizeibeamtinnen und Beamten. Obwohl er in einem Ministergespräch vor Ort mit dieser Benachteiligung der Polizeidirektion Lüneburg konfrontiert wurden, hat er es nicht für notwendig erachtet von seiner Regelungskompetenz Gebrauch zu machen.

Es stellt sich die Frage, ob Minister Pistorius bewusst diese Tatsachen ignoriert? Allein der exemplarische Vergleich zwischen Hameln und Harburg macht deutlich, dass er erkennbaren Nachsteuerungsbedarf bewusst ignorierte.

In der Kriminalstatistik 2015 zeigen folgende Zahlen Handlungsbedarf:

	Harburg	Hameln
Einwohner	244.000	219.940
Kriminalstatistik 2015	14.639	13.203
Wohnungseinbruchdiebstahl 2015	966	321
Vollzeiteinheiten 10/2016	345	343

Bei einem gleichen Mitarbeiterstab mussten die Polizeibeamtinnen und Beamten im Landkreis Harburg in 2015 allein bei den Wohnungseinbrüchen die dreifache Anzahl von Fällen verfolgen und bearbeiten. Diese Zahlen zeigen, wie das Hamburger Umland benachteiligt wird und die Polizeibeamtinnen und Beamten mit der Vielzahl von Fällen alleine gelassen werden.

Gemeinsam mit meinem Kollegen André Bock und dem Kandidaten Dr. Bernd Althusmann haben wir uns den Forderungen der Polizeigewerkschaften angeschlossen und den Minister aufgefordert dringend auf Abhilfe zu schaffen.

Der Minister soll nicht nur zu Parteiveranstaltungen in den Landkreis Harburg, sondern sich den Argumenten der Polizeigewerkschaften stellen.

Heiner Schönecke für Sie im Niedersächsischen Landtag



Wir haben im Umland von Hamburg mit ganz anderen Herausforderungen zu kämpfen als in Südniedersachsen. Wer in Hannover die falschen Schwerpunkte setzt erlebt im Hamburger Umland ein Desaster. Minister Pistorius sollte sich mehr um seine Pflichterfüllung in Hannover, damit für den Landkreis Harburg, und sich weniger um Talkshows in Berlin kümmern."

Dr. Bernd Althusmann, Kandidat für den Wahlkreis Seevetal: „Das Hamburger Umland wird ganz offensichtlich stark benachteiligt. Wir fordern Minister Pistorius eindringlich auf diesen Zustand zügig zu beenden. Damit die Menschen in unserem Landkreis auch in Zukunft sicher leben können.“

Mit freundlichen Grüßen aus Hannover

Heiner Schönecke, MdL

Der Spruch am Anfang

„Wir brauchen nicht nur Master, sondern auch Meister.“

Julia Klöckner, stellv. CDU-Bundesvorsitzende,
zur deutschen Bildungspolitik

Kalte Schulter gegenüber den Kommunen

Auf den letzten Metern wird es ein wenig hektisch: Die rot-grüne Koalition will ihre Gesetzesvorhaben durchbringen, und einige Minister sind dabei überaus ehrgeizig – sie wollen das offenbar auf Biegen und Brechen. Alles, was noch bis zum Herbst durch den Landtag gehen muss, sollte jetzt schon auf den parlamentarischen Weg gebracht werden. Dass andere, vorwiegend die Kommunen, hinterher die Folgen tragen müssen, scheint den Vorwärtsdrang der Koalition gar nicht zu beeindrucken.

Zum Beispiel das Agrarstrukturgesetz: Mit einigen Regeln will Agrarminister Christian Meyer von den Grünen erreichen, dass Großinvestoren vor dem Kauf von Ackerland zurückgedrängt werden. Schutzvorkehrungen sollen das Bäuerliche an der Landwirtschaft bewahren helfen. Die Absicht wird durchweg gelobt, doch die Hinweise der Kommunen sind keineswegs nebensächlich. Wenn es eine Pachtpreisbremse gibt oder die „marktbeherrschende Stellung“ eines Landwirts in einer Gemarkung verhindert werden soll, braucht man viele Daten – und viele Kontrollen. Zuständig wären die Kreise und Städte. Die freundliche Mahnung der Kommunalverbände lautet: Bitte nehmt von dem Gesetz zunächst Abstand, lasst uns den Entwurf gründlich überarbeiten. Mit anderen Worten: Im Schnelldurchlauf noch in dieser Legislaturperiode des Landtags ist das nicht zu machen. Ob sich die Landesregierung davon beeindrucken lässt? Bisher sieht es nicht so aus.

Noch eindrucksvoller ist das Beispiel mit dem Gleichberechtigungsgesetz: Die neue Vorschrift soll vorschreiben, dass bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen Frauen bevorzugt werden müssen – wenn sie gegenüber dem männlichen Mitbewerber gleich geeignet und befähigt sind. Das soll in allen Dienststellen gelten, in denen das Kollegium noch nicht zu mindestens 50 Prozent weiblich ist. Außerdem sollen „Gleichstellungspläne“ aufgestellt werden, alle Regelbeurteilungen sollen innerhalb eines halben Jahres daraufhin überprüft werden, „ob statistisch relevante Unterschiede bei der Vergabe von Rangstufen im Gesamtergebnis zwischen Frauen und Männern bestehen“. Ob das rechtlich durchsetzbar ist? Im benachbarten Nordrhein Westfalen hat das Oberverwaltungsgericht just eine ähnliche Norm für verfassungswidrig erklärt, und auch in Niedersachsen hatten die Kommunen vor solchen Problemen gewarnt. Ihr Hauptargument war indes ein anders: Stellenbesetzungen würden sich verzögern, die Pflicht zu mehr Ausschreibungen und Prüfungen ziehe mehr Bürokratie und höhere Kosten nach sich. Doch im Gesetzentwurf, federführend vom Sozialministerium geschrieben, werden diese Bedenken mit ein paar schlichten Bemerkungen vom Tisch gewischt: Ja, die Kommunen hätten höhere Kosten zu erwarten. Diese seien aber „nicht erheblich“ – und deshalb müssten sie vom Land auch nicht ausgeglichen werden.

Ob „nicht erheblich“ oder eben doch – darüber sollte man doch vor dem Start einer Gesetzesinitiative gründlich nachdenken. Es bringt wenig, wichtige Gesetzesvorhaben – und seien sie noch so gut begründet, wie es für diese beiden gilt – mit der Brechstange durchzusetzen. Gerade die von Sozialministerin Cornelia Rundt vorangetriebene Reform des Gleichberechtigungsgesetzes ist in dieser Hinsicht entlarvend. Wer so schnodderig und

ignorant auf die Bedenken der Kommunen reagiert, darf sich nicht wundern, wenn von denen heftige Kritik laut wird. Oder ahnt Rundt insgeheim, dass diese Reform in diesem Jahr gar nicht mehr den Landtag passieren kann – und damit zum schönen Thema für den nahenden Landtagswahlkampf wird?

CDU fordert Regulierung der Wolfspopulation

Im Rahmen des Umweltausschusses hat der CDU-Landtagsabgeordnete Ernst-Ingolf Angermann den Umweltminister für seine Wolfspolitik kritisiert: „Es interessiert den Umweltminister herzlich wenig, dass seit Rückkehr des Wolfes allein in Niedersachsen 540 Weidetiere gerissen worden sind, darunter 22 Rinder. Stattdessen spricht er im heutigen Ausschuss von lediglich 312 Nutztierrißen: Ein Wert, der sich nicht mit den Zahlen der Landesjägerschaft deckt.“

Experten zufolge werde die niedersächsische Wolfspopulation in den nächsten Jahren erheblich anwachsen. „Wir gehen davon aus, dass dann auch die Zahl der Nutztierrisse deutlich ansteigen wird – eine Regulierung der Wolfspopulation ist unvermeidbar. Anstatt aber auf unsere Forderungen einzugehen, macht der Umweltminister Vorschläge, die vollkommen unzureichend und der Populationsentwicklung des Wolfes nicht angepasst sind“, so Angermann und verweist auf den Sieben-Punkte-Plan für einen nachhaltigen Umgang mit dem Wolf, den die CDU-Fraktion in den Landtag eingebracht hat. „Der niedersächsische Wolfsmanagementplan muss umgehend überarbeitet und der Umgang mit Problemwölfen konsequenter geregelt werden – der Umweltminister sieht sich aber nicht in der Pflicht. Stattdessen schiebt er die Verantwortung weiter: zu den Weidetierhaltern, Zaunherstellern und zum Bund.“

Kinderehen sind Kindesmissbrauch

Die rechtspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Mechthild Ross-Luttmann, hat sich für ein Verbot von Kinderehen ausgesprochen. Justizministerin Niewisch-Lennartz warf sie vor, die Dimension des Problems zu verkennen. „Kinderehen sind Kindesmissbrauch. Junge Mädchen werden ihrer Kindheit, ihrer sexuellen Selbstbestimmung und ihrer Würde beraubt. Kein Kind geht freiwillig eine Ehe ein – in der Regel werden sie dazu gezwungen, oft mit Gewalt“, sagte Ross-Luttmann. „Indem die Justizministerin über die vermeintlich nachvollziehbaren Gründe der Eltern philosophiert, relativiert sie das Problem – das ist inakzeptabel. Junge Mädchen, die vor Krieg und Gewalt nach Deutschland fliehen, brauchen den Schutz des Jugendamtes, nicht den ihrer häufig um viele Jahre älteren Ehemänner.“

Die Initiative der Bundesregierung für ein grundsätzliches Verbot von Kinderehen, begrüßte Ross-Luttmann ausdrücklich. Der heute im Bundeskabinett vorgestellte Gesetzentwurf sieht vor, dass alle Ehen von einem Gericht aufgehoben werden sollen, bei denen einer der Gatten zum Zeitpunkt der Eheschließung unter 18 Jahren alt war. „Kinder gehören nicht vor den Traualtar. Wir brauchen ein klares Verbot, im Ausland geschlossene Ehen Minderjähriger in Deutschland fortzuführen. Alles andere ist falsch verstandene Toleranz. Die Akzeptanz der Ehen wegen daraus entstandener Kinder bedeutet, sexuelle Ausbeutung zu akzeptieren“, so Ross-Luttmann.

Der verflixte Anti-Schünemann-Mythos

Es mehren sich die Hinweise, dass mehrere Moscheen in Niedersachsen zu Brutstätten des radikalen Salafismus und des Terrorismus werden – und die Opposition bezweifelt, dass die Sicherheitsbehörden richtig darauf reagieren.

Die Probleme, die seit einigen Monaten in Niedersachsen auf den bundesweit so geschätzten und geachteten Innenminister Boris Pistorius zukommen, haben viel mit Psychologie zu tun. Die hohen Ansprüche, unter denen SPD und Grüne vor vier Jahren die Regierung übernommen haben, lassen sich in der Praxis kaum halten – und das verunsichert alle Akteure massiv. Wie war das noch 2013? Beide Parteien suchten händeringend neue Projekte, mit denen sie sich gegen die schwarz-gelbe Vorgängerregierung abgrenzen konnten. Da lag nichts näher als der Versuch, ein radikales Gegenkonzept zu dem von Rot-Grün erklärten Hauptfeind vorzulegen, zum damaligen Innenminister Uwe Schünemann. Alles sollte anders werden als unter Schünemann, der Anti-Schünemann wurde zur Leitmaxime der Politik. Der CDU-Politiker hatte einst einen starken und abwehrbereiten Verfassungsschutz gepriesen, Rot-Grün leitete die Umkehr ein, diese Behörde sollte umgestaltet werden zu einer Art politikwissenschaftlichem Beraterkreis. Der CDU-Politiker wollte massiv gegen die aufkeimende islamistische Gefahr angehen und befürwortete dafür sogar die Kontrollen von Moscheebesuchern, auch ohne konkreten Verdacht auf eine mögliche Straftat. Rot-Grün wollte das nicht, schrieb ausdrücklich in den Koalitionsvertrag: „Die Kontrolle von Moscheen wird keinesfalls zugelassen.“ Der CDU-Politiker hatte einst das Polizeigesetz massiv verschärft, so sehr, dass die Gerichte ihm einen Strich durch die Rechnung machten. Rot-Grün wollte das Gegenteil, die völlige Entschärfung des Polizeigesetzes.

Aber wie das manchmal so ist mit einem Mythos – er kann mit den Anforderungen der Wirklichkeit unvereinbar werden. Beispiel Polizeigesetz: Nach langem Hin und Her legte Rot-Grün einen Entwurf vor, der ganz vom Geist des Koalitionsvertrages erfüllt war. Dagegen stand aber die wachsende Sensibilität für die innere Sicherheit – auch angesichts der Flüchtlingsströme, der zunehmenden Einbruchskriminalität und der islamistischen Anschläge. Also wurde, Zug um Zug, der rot-grüne Entwurf wieder verschärft im Sinne der Polizei. Ob die Grünen, Antreiber der 2013 geplanten Entmachtung der Polizei, dieser Wende am Ende im Landtag zustimmen werden, bleibt der Koalition womöglich ganz erspart. Es gibt durchaus Anzeichen, dass die Zeit für eine angemessene Gesetzesberatung in den verbleibenden achteinhalb Monaten bis zur Landtagswahl zu knapp ist – und das alte schwarz-gelbe Polizeigesetz in dieser Wahlperiode unverändert bleibt. Beispiel Prävention: Zu Schünemanns Zeiten gab es ein Handlungskonzept, wie man gegen islamistische Radikalisierungen angehen kann – unter anderem mit Beratungsangeboten.

Weil Rot-Grün aber nicht ertragen konnte, an Ideen von Schünemann anzuknüpfen, wurde das Papier Ende 2013 vom Kabinett aufgehoben. Aus internen Unterlagen geht jedoch hervor, dass man inhaltlich fast vollständig an Schünemanns Vorarbeit anknüpfte, nur mit enormer Zeitverzögerung. So wurden Beratungsstellen, wie von CDU und FDP geplant, erst viel später als zunächst geplant aufgebaut. Beispiel Moscheekontrollen: Immer deutlicher wird der Verdacht, dass einige salafistische Moscheen unter dem Vorwand der Religionsausübung missbraucht werden zu Bildungsstätten für die islamistische Radikalisierung. Weil aber der Anti-Schünemann-Mythos nicht erlaubt, dass man Moscheekontrollen für angebracht hält, muss die Regierung sich offiziell davon stets abgrenzen – auch wenn Pistorius, wie gestern im Untersuchungsausschuss, auf beharrliche Nachfragen die Möglichkeit von solchen Personenkontrollen durchaus einräumt.

Heiner Schönecke für Sie im Niedersächsischen Landtag

Diese Doppelzüngigkeit hat dann im Polizeialltag manchmal fatale Folgen – wie 2015 geschehen in Hildesheim. Das Landeskriminalamt beantragt Personenkontrollen beim DIK Hildesheim, aber die Spitze der Landespolizei im Innenministerium sagt nein. War der Grund tatsächlich, dass man von den Kontrollen keine besonderen Erkenntnisse erwartete? Oder lag die Zurückhaltung im Ministerium eher im Anti-Schünemann-Mythos begründet, in der Einschätzung, dass die rot-grüne Landesregierung jedwede Art von Moscheekontrollen nicht würde gutheißen können?

Es steht ein Verdacht im Raum: Sind die Versäumnisse bei der Observation von Moscheen und beim Vorgehen gegen gewaltbereite Salafisten in Niedersachsen deswegen geschehen, weil die Innenpolitik unter Rot-Grün von Anfang an emotional zu sehr aufgeladen war und sich beide Parteien zum pragmatischen Handeln der Polizei nicht bekennen konnten?

Ein Kommentar von Dr. Klaus Wallbaum,
Chefredakteur Rundblick

Anis Amri monatelang als Pizza-Bote in Hildesheim unterwegs

Die neuen Erkenntnisse im Fall des Berliner Weihnachtsmarkt-Attentäters Anis Amri machen nach Ansicht des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, möglicherweise eine Neubewertung der Rolle der DIK-Moschee Hildesheim bei der Attentatsvorbereitung notwendig. Wie Recherchen der „Zeit“ ergeben haben, hat sich Amri in Hildesheim mehrfach mit dem salafistischen Prediger Abu Waala getroffen und sogar als Pizza-Bote gejobbt. „Die DIK-Moschee in Hildesheim hatte für das Weihnachtsmarkt-Attentat in Berlin offenbar eine größere Bedeutung, als es uns der niedersächsische Verfassungsschutz berichtet hat“, so Nacke, der auch Obmann der CDU-Fraktion im Islamismus-Untersuchungsausschuss ist. Bislang hatte das Landesamt für Verfassungsschutz lediglich von einem einzigen bezeugten Aufenthalt Amris in Hildesheim gesprochen. „Erneut mussten wir aus der Zeitung erfahren, dass es in Wahrheit offensichtlich anders gewesen ist. Entweder hat der Verfassungsschutz den Untersuchungsausschuss falsch unterrichtet oder er war selbst nicht über Amris längeren Aufenthalt in Hildesheim informiert. Beides ist schlimm“, so Nacke.

Der Spruch in der Mitte

„Wir erwarten, dass sich die Menschen, die zu uns kommen, an unsere Gesetze halten, dass sie ein bisschen neugierig sind auf unser Leben.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU),
zur Migration von Flüchtlingen

Der Salzgitter-Effekt

Der Hilferuf der Stadt Salzgitter ist in der Politik angekommen – die unter massiven Haushaltsproblemen leidende kreisfreie Kommune wird von überproportional vielen Syrern als neue Heimat ausgesucht. Aber nimmt die Politik die damit verbundenen Probleme erst genug?

Es ist wie so oft in der politischen Debatte: Ein Begriff wird in den Raum geworfen, das eine politische Lager reagiert darauf positiv, das andere negativ. Am Ende bleibt es dabei – und die Beobachter haben den Eindruck, dass sich in der Sache selbst nicht wirklich etwas bewegt. Die Diskussion erschöpft sich im Austausch von Ritualen, die Probleme aber bleiben ungelöst. Tatsächlich ist die „Wohnsitzauflage“, über die jetzt in der Landespolitik gestritten wird, ein kompliziertes und enorm schwieriges Regelwerk. Das Aufenthaltsgesetz des Bundes eröffnet Möglichkeiten, den anerkannten Flüchtlingen die Wohnorte in Deutschland vorzuschreiben – und ihnen beispielsweise zu untersagen, nach Salzgitter zu ziehen. Denn in Salzgitter leben schon viele Syrer, wenn noch mehr hinzukommen, dann könnte die Integration misslingen. Eine Integration kann ja nur klappen, wenn die zu uns kommenden Menschen die Regeln, Sitten, Gebräuche und auch die deutsche Sprache annehmen – wenn sie all diese Werte und Normen zu ihren eigenen erklären. Dazu muss es aber intensive Kontakte zur deutschen Bevölkerung geben, und die sind umso schwerer, je stärker sich eine eigene „syrische Community“ herausbildet. Aber so verständlich und nachvollziehbar die dem Aufenthaltsgesetz zugrundeliegende Absicht mit der „Wohnsitzauflage“ auch ist, so umständlich und bürokratisch kann die Umsetzung sein. Immerhin wird damit das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit, das auch für hier lebende Flüchtlinge gilt, berührt.

Wie sollten die Politiker reagieren? Sie müssten nach alternativen, wirkungsvolleren Mitteln suchen, die Wohnortentscheidungen der Flüchtlinge zu steuern – eventuell über spezielle Angebote, über Förderprogramme oder Anreizsysteme. Auf jedem Fall müsste sie Probleme, wie sie in Salzgitter und auch in Delmenhorst und Wilhelmshaven drohen, erst nehmen. Stattdessen ist in manchen politischen Lagern eine merkwürdige Haltung zu spüren, die getreu dem Motto läuft: „Das wird sich schon regeln. Mit einigem guten Willen sind die Probleme gar nicht so groß.“ Diese Haltung ist nicht nur ignorant, sondern gefährlich. Jahrzehntlang wurde in Deutschland zugesehen, als sich Parallelgesellschaften bildeten, und das nicht nur in Großstädten. Manchmal ging es gut, weil die Zuwanderer trotz der Tatsache, dass sie in eigenen Gruppen und Nachbarschaften leben, intensiven Kontakten zu den Deutschen hielten. Oft aber war das Ergebnis Abschottung, und mit Beginn der Flüchtlingswelle vor zwei Jahren hatten alle Politiker versprochen, es diesmal besser zu machen – und eine Ghettobildung unter den Zugewanderten auf jeden Fall zu vermeiden.

War das wirklich ernst gemeint? Manchmal kann man Zweifel haben. Es hat Monate gedauert, bis sich auf einen Hilferuf des Oberbürgermeisters von Salzgitter an die Landesregierung etwas regte. Immerhin hat man jetzt den Eindruck, dass die Fachleute im Innenministerium den Problemen intensiv auf den Grund gehen wollen. Aber ringt sich die Landesregierung tatsächlich dazu durch, so etwas wie eine Steuerung des Zuzugs von Flüchtlingen, zugunsten einer in etwa gleichmäßigen Verteilung im Land, in Gang zu setzen? Das strikte Nein der Grünen-Landesvorsitzenden zu der „Wohnsitzauflage“ spricht eher nicht dafür.

Womöglich erleben wir derzeit einen zweiten Salzgitter-Effekt. Der erste Effekt betrifft das Verhalten der Flüchtlinge: Sie finden in Salzgitter günstige und angenehme Wohnbedingungen – und sie ziehen immer mehr Landsleute nach. Wo schon Syrer leben, werden schnell weitere heimisch, die Stadt entfaltet für diese Gruppe eine magnetische Wirkung. Der zweite Salzgitter-Effekt schließt sich daran an: Die Politiker erkennen, dass die Stadtväter und -mütter in Salzgitter vor besonders großen Herausforderung bei der Integration stehen, manche von ihnen sehen sogar ein, dass in der Stahlstadt ein Problem entstehen könnte. Aber beim bekundeten Mitgefühl bleibt es dann, die Nachricht bewegt die politische Landschaft nicht wirklich – weil immer noch viel zu viele Akteure glauben, die Integration werde schon irgendwie gelingen. Oder weil das, was in Salzgitter geschieht, schon im Nachbarort die Leute nur noch mäßig interessiert.

Verbandsklagerecht führt nicht zu mehr Tierschutz

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Dammann-Tamke, lehnt das rot-grüne Gesetzesvorhaben zum geplanten Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände ab: „Das geplante Gesetz ist nur ein weiteres Instrument, um die konventionelle Nutztierhaltung in Niedersachsen zu schwächen.“ Die Genehmigung von Stallbauten erfolge bisher in einem transparenten, rechtstaatlichen Verfahren. Die Einhaltung der Tierschutzvorgaben werde dabei von der zuständigen Fachebene in den Landkreisen überwacht. „Dass die rot-grüne Landesregierung jetzt ausgewählte Tierschutzverbände als eine Art zusätzliche Aufsichtsbehörde installieren will, beweist erneut, wie groß das Misstrauen gegenüber Tierhaltern und Landkreisen ist. Der Gesetzentwurf ist ein klarer Angriff auf die bäuerliche Landwirtschaft.“ Auf Grundlage des neuen Gesetzes könnten Investitionen von Landwirten in neue Stallbauten durch Klagen von Tierschutzverbänden mehrere Monate bis Jahre blockiert werden, wie es derzeit in Nordrhein-Westfalen der Fall sei. „Unter Rot-Grün sehen Niedersachsens Landwirte einer ungewissen Zukunft entgegen“, kritisiert Dammann-Tamke. Auch die vielfältige Kritik vom Landvolk, der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens oder auch dem Verband Forschender Arzneimittelhersteller sei von Rot-Grün nicht ernst genommen worden. „In dem Gesetzentwurf liegt keinerlei Nutzen“, so Dammann-Tamke. „Es ist offensichtlich, dass es Rot-Grün nicht um eine grundsätzliche Verbesserung des Tierschutzes geht, sondern vor allem darum, größere Stall-Bauvorhaben zu verzögern oder zu verhindern. Eine Tierschutzverbandsklage hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Einhaltung von Tierschutzvorgaben. Die Auseinandersetzung um die Art und Weise einer zukunftsfähigen Tierhaltung oder Forschung gehört in die Parlamente und nicht vor Gericht.“

Finanzminister Schneider legt Abschluss des Haushaltsjahres 2016 vor

Der Beitrag vom Finanzminister am vorgelegten Abschluss ist äußerst gering. Rot-Grün hat die schwarze Null im Schlafwagen erreicht. Schneider lobt sich für 1,2 Milliarden Euro weniger Schulden. Gleichzeitig hat das Land 2016 aber rund 5,4 Milliarden Euro Mehreinnahmen gegenüber 2012 gemacht – also über 25 Prozent mehr. Diese schwarze Null ist ein Geschenk der Steuerzahler, aber kein Ergebnis eigener Sparbemühungen des Finanzministers. Schneider hätte schon früher auf neue Schulden verzichten können, das haben hat die CDU-Landtagsfraktion mehrfach durch konkrete Vorschläge gezeigt. Der Finanzminister muss jetzt für die Zukunft vorsorgen, indem er endlich Ausgaben begrenzt und Schulden abbaut. Andernfalls drohen bei schlechterer Konjunkturlage Abgaben- und Steuererhöhungen.

„Heiner sinniert“

Seit langem beeindruckt mich der Todtglüinger SV.

Im Besonderen hat mich immer die Zusammenarbeit zwischen dem Amtsgericht und dem Sportverein begeistert. Das Amtsgericht überstellte Jugendliche, die zu einem Freizeit- oder Kurzarrest verurteilt waren, an den Sportverein. Dort mussten sie an den Arbeitsmaßnahmen teilnehmen und durften anschließend die Sportanlagen benutzen.

Sieben Jahre lief das Programm erfolgreich bis im Februar 2016 ein neues Gesetz den Vollzug des Jugendarrestes in Niedersachsen - Niedersächsisches Jugendarrestvollzugsgesetz – neu regelte.

Grundsätzlich finde ich das neue Gesetz gut. Junge Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, müssen zügig erfahren, dass ihr Handeln Konsequenzen hat. Diese Konsequenzen müssen das Ziel verfolgen Wiederholungstaten zu verhindern. Den jungen Menschen müssen Wege aufgezeigt werden, wie sie ihr Leben gestalten können, ohne gegen gültiges Recht zu verstoßen. Ein abgestimmtes Vorgehen, in darauf ausgerichteten Anstalten mit entsprechend ausgebildeten Mitarbeitern, ist dafür mit Sicherheit geeignet.

Allerdings halte ich es für einen großen Fehler das Gesetz auch ausnahmslos auf den Freizeit- und Kurzarrest anzuwenden. Denn seit dem ist es vorbei mit der Zusammenarbeit zwischen Gericht und Verein.

Jetzt werden die Jugendlichen aus Tostedt und Umgebung nach Verden einbestellt. Finden sie sich dort nicht freiwillig ein, werden sie mit der Polizei vorgeladen. Dort dürfen sie an erzieherisch wertvollen Beschäftigungsmaßnahmen teilnehmen. Danach werden sie wieder ohne Bezugspersonen in ihr altes soziales Umfeld entlassen. Ob diese Art des Arrestes wirklich zielführender ist, als das Arbeit/Sport-Konzept des Todtglüinger SV, wage ich ernsthaft zu bezweifeln. Allein der bürokratische Aufwand für Polizei und Justiz muss dazu führen, dass diese Praxis überdacht wird.

Die Ministerin hat in ihrer Antwort auf meinen Brief ganz klar darauf abgestellt, dass es keine Ausnahmen geben wird.

Sowohl Amtsgerichtsdirektorin Dr. Astrid Hillebrenner als auch Eike Holtzhauer. 2. Vorsitzendes des Todtglüinger SV bedauern das. Laut Holtzhauers Aussage sei es zunächst einmal weniger Arbeit für den Verein. Allerdings war das Projekt über fast 7 Jahre so erfolgreich, dass sich jede Minute Aufwand gelohnt habe. Viele der jungen Straftäter seien über Jahre bei im Sportverein geblieben. Der Verein waren so etwas wie ein Zuhause für sie in das man auch gerne Freunde mitbrachte.

Zur Erklärung:

Der Jugendarrest unterteilt sich in Freizeit-, Kurz- und Dauerarrest. Ein Dauerarrest beträgt mindestens eine Woche und höchstens vier Wochen. Der Freizeitarrrest wird für die wöchentliche Freizeit des Jugendlichen verhängt. Der Kurzarrest kann ersatzweise für den Freizeitarrrest verhängt werden und umfasst zwei bis vier Tage.

Hier finden Sie den Landtagsabgeordneten im Mai 2017

(Änderungen vorbehalten, Stand 30.04.2017)

Mo 1. Mai	Tag der Arbeit 14:00 30 Jahre Kiekeberg - 5 Jahre Agraum - Freilichtmuseum am Kiekeberg
Di 2. Mai	12:30 CDU Landtagsfraktion Vorstand - Landtag Hannover 14:00 CDU Landtagsfraktion - Landtag Hannover
Do 4. Mai	Klausurtagung AK Haushalt und Finanzen - Lingen
Fr 5. Mai	Klausurtagung AK Haushalt und Finanzen - Lingen
Sa 6. Mai	11:00 Eröffnung Vereinsheim Buchholzer FC - Buchholzer FC
So 7. Mai	14:00 Besucherehrung - Museumsbauernhof Wennerstorf
Di 9. Mai	12:30 CDU Landtagsfraktion Vorstand - Landtag Hannover 14:00 CDU Landtagsfraktion - Landtag Hannover
Mi 10. Mai	09:00 Ausschuss für Haushalt und Finanzen - Landtag Hannover
Do 11. Mai	11:00 Unternehmertag - Buchholz
Fr 12. Mai	11:00 Plattdüütsche Runn - Harmsdörp 13:00 KreislandFrauentag - Hof Ölkers, Klauenburg 16:00 Stiftung Kiekeberg
Sa 13. Mai	11:00 70 Jahre CDU Landtagsfraktion - Dormero Hotel Hannover
Mo 15. Mai	16:00 70 Jahre Landtag Hannover - Hannover Congress Centrum
Di 16. Mai	Plenum - Landtag Hannover 10:30 CDU Landtagsfraktion - Landtag Hannover
Mi 17. Mai	Plenum - Landtag Hannover 13:00 CDU Landtagsfraktion Vorstand - Landtag Hannover 19:00 HH-Umlandrunde - Restaurant Aresto, Hannover
Do 18. Mai	Plenum - Landtag Hannover 18:30 10 Jahre "My life" - BBS Buchholz
Mo 22. Mai	Klausurtagung CDU-Landtagsfraktion - Norderney
Di 23. Mai	Klausurtagung CDU-Landtagsfraktion - Norderney
Mi 24. Mai	Klausurtagung CDU-Landtagsfraktion - Norderney
Do 25. Mai	Christi Himmelfahrt
Mo 29. Mai	16:00 Metropolregion Hamburg Meinungsaustausch IHK Lüneburg-Wolfsburg, Lüneburg

Weitere Termine erhalten Sie auf der Homepage www.heiner-schoenecke.de

Der Spruch am Ende

„Das ist ein Kampf gegen Hydra.“

Wolfgang Schäuble Bundesfinanzminister (CDU),
zum Kampf gegen Steueroasen

Heiner Schönecke für Sie im Niedersächsischen Landtag

Möchten Sie Heiner Schönecke im Landtag in Hannover besuchen?

Bitte schreiben Sie uns oder rufen Sie an, damit wir einen Termin vereinbaren können:

Möchten Sie oder Ihre Freunde und Bekannte den „Landtag – aktuell“ per E-Mail beziehen, oder möchten Sie aus dem Verteiler gelöscht werden, so genügt eine kurze Mitteilung an mein Wahlkreisbüro:

**Wahlkreisbüro Heiner Schönecke
Fliegenmoor 24
21629 Neu Wulmstorf-Elstorf
Tel. 04168 / 91 31 31
Fax 04168 / 91 31 98
E-Mail: heiner@schoenecke.de**

... und hierüber hat der Landtagsabgeordnete heute gelacht:

Meister zum Lehrling:
„Du streichst jetzt die Fenster.“

Er lässt ihn alleine und kehrt nach einigen Stunden zurück.

Da fragt der Junge nach:

„Chef, hätte ich die Rahmen auch streichen sollen?“

Quellen: „Rundblick“, NSGB, IWD, Ratsbrief, Rathaus und Umwelt, CDU-Landtagsfraktion